



Wie das reichste EU-Land den EU-Corona-Fonds nutzt

Sogar Luxemburg, das mit Abstand reichste Land in der EU, griff beherzt zu, als der schuldenfinanzierte EU-Coronafonds „Next Generation“ aufgelegt wurde. Als einer der ersten Mitgliedstaaten hatte Luxemburg bereits im Juli 2021 seine Geldwünsche an die Europäische Kommission geschickt. Luxemburg, mit 0,6 Mio. Einwohnern nach Malta der kleinste EU-Staat, wird nach aktuellen Plänen immerhin rund 83 Mio. Euro von der EU geschenkt bekommen.

Doch zeigen die Pläne, dass dieses Geldgeschenk wenig mit der Corona-Pandemie zu tun hat, dafür aber viele Mitnahmeeffekte produziert. Der Großteil, mehr als 30 Mio. Euro, soll den Bau von landesweit rund 2.600 öffentlichen und privaten Ladestationen für E-Autos kofinanzieren. Das hätte das reiche Luxemburg sicherlich auch ohne EU-Geld schaffen können.

Bei der Digitalisierung der eigenen Verwaltung kann Luxemburg nun ebenfalls einen Teil der Rechnungen an die EU schicken. So wird der Online-Service für Bürger und Unternehmen weiter ausgebaut: Services wie digitale Anträge für die Teilnahme an sportmedizinischen Untersuchungen, an Prüfungen für nationale Sportabzeichen oder für Sportsonderurlaub von Leistungssportlern und ähnliches werden derzeit mit EU-Subventionen eingerichtet – doch ist all dies so eminent wichtig, um den EU-Kreditfonds anzuzapfen?

Auch Online-Anträge für Hochschulstipendien und für Zuschüsse zu Kulturveranstaltungen sind geplant. Ergänzt werden soll das Online-Angebot mit einer zusätzlichen Smartphone-App. Insgesamt sind für diesen Bereich knapp 1 Mio. Euro an EU-Subventionen geplant.

Als Türöffner für Subventionen eignen sich aber nicht nur die Schlüsselwörter „E-Mobilität“ und „Digitalisierung“, sondern auch „Biodiversität“. In diesen Bereich investiert die EU nach aktuellen Planungen rund 6 Mio. Euro. Konkret soll dieses Kreditgeld in den luxemburgischen „Naturpakt“ fließen, den Luxemburg kofinan-

ziert. Der Programmkatalog dieses „Naturpakts“ ist ein Füllhorn hübscher Ideen luxemburgischer Kommunen unter dem Banner des Naturschutzes und insbesondere des Schutzes der Artenvielfalt. Hier einige Beispiele:

Eine Gemeinde veranstaltete einen zweitägigen Trockenmauer-Workshop. Ziel war die Sanierung eines alten Mühlkanals, um zusätzlichen Lebensraum für bedrohte Tierarten zu schaffen. Zudem sollten die Workshopteilnehmer die ökologische Funktion von Trockenmauern kennenlernen und Erfahrungen im Umgang mit den notwendigen Materialien und Werkzeugen sammeln.

Eine andere Gemeinde bot Workshops an, in denen eine Blumenwiese angelegt, heimische Kräuter gepflanzt oder ein Sandarium angelegt wurde, das auch als Bienennisthilfe dient. In einem weiteren Holzworkshop bastelte man Insekten-Totems, die dann zur Einzäunung des Sandariums genutzt wurden. Eine weitere Gemeinde errichtete im Rahmen des „Naturpakts“ einen sogenannten Lebensbaum, der im Gegensatz zu einem reinen Insektenhotel auch anderen Tieren wie Vögeln einen zusätzlichen Nist- und Lebensraum bieten soll.

All das sind zweifellos ehrenwerte und gut gemeinte Aktivitäten. Sie jedoch – als eines der reichsten Länder nicht nur der EU, sondern der Welt – mit Schulden (mit)finanzieren zu lassen, konträrkt das Engagement und den Anspruch auf Nachhaltigkeit. Denn irgendwann müssen die EU-Bürger die für den EU-Fonds „Next Generation“ aufgenommenen Kredite zurückzahlen. Bis dahin werden Jahre oder vielmehr Jahrzehnte vergehen, in denen die EU-Bürger erhebliche Kreditzinslasten tragen müssen. Insofern wäre es für den nachhaltigen Schutz künftiger Generationen nicht zu viel verlangt gewesen, Projekte wie Ladestationen, Verwaltungs-Apps und Naturschutz-Workshops aus dem laufenden Staatshaushalt zu finanzieren. Und vielleicht hätte Luxemburg in eigener Prioritätensetzung und Abwägung der Dringlichkeit dann doch auf so manches wohlklingende Projekt verzichtet.

Matthias Warneke, warneke@steuerzahlerinstitut.de